

Dr. Joachim Stamp, Minister für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mitten im Pride-Monat Juni kommt dieser Antrag für LSBTIQ-Menschen. Weltweit ist gerade diese Zeit für sie ja nun sehr wichtig, um Sichtbarkeit zu zeigen und ihre Botschaften öffentlich darzustellen: Wir wollen selbstbestimmt, gleich an Rechten und Würde sein, aber wir sind leider immer noch nicht gleich, werden diskriminiert, müssen Gewalt erleiden und gegen Vorurteile kämpfen.

Eine besonders vulnerable Gruppe sind Trans- und Intermenschen. Oft entwickelt sich bei Transmenschen bereits im Kindes- und Jugendalter das Empfinden, nicht im richtigen biologischen Geschlecht zu leben. Viele haben einen leidvollen Weg vor sich. Sie und ihre Eltern brauchen dabei qualifizierte Begleitung und qualifizierte Unterstützung.

Meine Damen und Herren, es entbehrt dabei jeder Grundlage, wenn hier der Eindruck erweckt wird, diese Menschen würden von staatlich geförderten qualifizierten Einrichtungen dazu getrieben, ihr Geschlecht zu wechseln. In Wahrheit leisten die Unterstützungs- und Beratungsstrukturen wichtige Arbeit, insbesondere auch, um Kindern und Jugendlichen zu helfen, dass sie mit ihren Sorgen, ihren Ängsten ernst genommen werden, dass diesem Problem Respekt gebührt. Hier geht es nicht um Hilfe zur OP. Es geht bei den Jugendlichen in allererster Linie um grundsätzliche Hilfe und Orientierung, zum Beispiel auch gegen suizidale Gedanken.

Glücklicherweise ist die Notwendigkeit einer OP vor der Geschlechtsänderung im Personenstand abgeschafft worden. Kein Mensch muss sich also vor einer Änderung des Geschlechtsantrags und des Namens einer OP unterziehen.

Meine Damen und Herren, wir haben Respekt vor der Freiheit eines jeden Menschen, selbstbestimmt leben zu können. Das ist unser tiefes Verständnis, und das ist nicht, wie von manchen skizziert, eine links-alternative grüne Mainstream-Orientierung. Es geht um Selbstbestimmung, es geht um Menschenrechte.

Queere Menschen sollen in Nordrhein-Westfalen mit der entsprechenden Unterstützung aufwachsen und ihre individuelle Identität finden können. Dafür engagiert sich die Landesregierung ohne Abstriche. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP – Vereinzelt
Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Stamp. – Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 14.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrages an den Ausschuss

für Familie, Kinder und Jugend in der Federführung. Die Mitberatung geht an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Sich enthalten? – Beides war nicht der Fall. Dann haben wir **Antrag Drucksache 17/14271** so **überwiesen**.

Ich rufe auf:

15 Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13665

Beschlussempfehlung
des Innenausschusses
Drucksache 17/14245

zweite Lesung

Die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt werden zu Protokoll gegeben (*s. Anlage 1*).

Deshalb kommen wir jetzt unmittelbar zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in der Drucksache 17/14245, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Deshalb stimmen wir jetzt über den Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung ab. Wer also dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Ich frage vorsichtshalber, ob es Gegenstimmen gibt. – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/14245 in zweiter Lesung** einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

16 Gesetz zur Änderung des Hafensicherheitsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/13664

Beschlussempfehlung
des Verkehrsausschusses
Drucksache 17/14319

zweite Lesung

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt werden die Reden zu Protokoll gegeben (*s. Anlage 2*).

Wir kommen deshalb auch hier sofort zur Abstimmung. Der Verkehrsausschuss empfiehlt uns, den Gesetzentwurf Drucksache 17/13664 unverändert

anzunehmen. Wer also dem Gesetzentwurf zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. Das sind CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion. Ich frage auch hier, ob es Gegenstimmen gibt. – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Das ist auch nicht der Fall. Dann ist auch dieser **Gesetzentwurf Drucksache 17/13664 in zweiter Lesung** einstimmig vom Parlament **angenommen** worden.

Ich rufe auf:

17 Gesetz zur Neuregelung des Landesreisekostenrechts sowie zur Anpassung einer beihilferechtlichen Regelung im Landesbeamtengesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14306

erste Lesung

Herr Minister Lienenkämper hat für die Landesregierung seine Einbringungsrede zu Protokoll gegeben (s. *Anlage 3*).

Deshalb kommen wir auch an dieser Stelle unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfes an den Haushalts- und Finanzausschuss in der Federführung sowie an den Unterausschuss Personal des Haushalts- und Finanzausschusses, an den Innenausschuss und an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales in der Mitberatung. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Sich enthalten? – Beides war nicht der Fall. Dann haben wir **Gesetzentwurf Drucksache 17/14306** so **überwiesen**.

Ich rufe auf:

18 Gesetz zur Umsetzung der Akademisierung des Hebammenberufs in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung weiterer landesrechtlicher Regelungen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14305

erste Lesung

Zu diesem Tagesordnungspunkt hat Herr Minister Laumann seine Einbringungsrede zu Protokoll gegeben (s. *Anlage 4*).

Deshalb kommen wir auch hier unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfes an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Dieser Ausschuss bekommt die Federführung. Und die Mitberatungen

gehen an den Ausschuss für Gleichstellung und Frauen sowie an den Wissenschaftsausschuss. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Sich enthalten? – Beides war nicht der Fall. Dann haben wir **Gesetzentwurf Drucksache 17/14305** so **überwiesen**.

Ich rufe auf:

19 Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14304

erste Lesung

Diesmal hat Frau Ministerin Scharrenbach ihre Einbringungsrede zu Protokoll gegeben (s. *Anlage 5*).

Auch hier kommen wir deshalb sofort zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfes an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen in der Federführung und in der Mitberatung an den Haushalts- und Finanzausschuss. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Sich enthalten? – Beides war nicht der Fall. Damit ist **Gesetzentwurf Drucksache 17/14304** so **überwiesen**.

Ich rufe auf:

20 Gesetz zur Umsetzung des Anästhesietechnische- und Operationstechnische-Assistenten-Gesetzes in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14303

erste Lesung

Herr Minister Laumann hat diesmal die Einbringungsrede zu Protokoll gegeben (s. *Anlage 6*).

Zur Abstimmung empfiehlt uns der Ältestenrat die Überweisung des Gesetzentwurfes an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Wenn niemand dagegen stimmt und sich auch niemand enthält – beides war der Fall –, dann haben wir auch **Gesetzentwurf Drucksache 17/14303** einstimmig **überwiesen**.

Ich rufe auf:

21 Vom Wissenschaftszeitvertragsgesetz zum „Gesetz für Gute Arbeit in der Wissenschaft“

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/14277